



DER ARMUT KEINE CHANCE

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE



EINE GESELLSCHAFT FÜR

In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu. Niemand wird ausgegrenzt, alle können selbstbestimmt teilhaben. Dieses Ideal zu verwirklichen, ist unser Ziel. Niemand soll durchs Raster fallen. Deshalb wollen wir ein soziales Sicherungsnetz, das die Menschen wirkungsvoll vor Armut schützt.

Davon sind wir aber noch weit entfernt. Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Es gibt eine starke Wirtschaft und eine breite Mittelschicht. Deutschland ist aber auch ein ungleiches Land. Arm und Reich driften in den letzten Jahren weiter auseinander. Seit zehn Jahren bewegen sich die Armutszahlen auf Rekordniveau. Acht Millionen Menschen in Deutschland leben von Grundsicherung. Betroffen sind nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch viele Kinder. Immer mehr Erwerbstätige und alte Menschen beziehen Grundsicherung. Wenn Erwerbstätigkeit und Rente nicht mehr zum Leben reichen, Familien und Kinder dauerhaft nur das Nötigste haben, ist das für eine Wohlstandsgesellschaft beschämend und es gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

ALLE

Wir Grüne im Bundestag wollen diese Missstände abstellen. Es kann nicht sein, dass Menschen allein deshalb bedürftig werden, weil sie Kinder haben oder weil sie sich ihre Wohnung nicht leisten können. Dass sie Probleme bekommen, weil das knappe Einkommen keine Rücklagen fürs Alter zulässt oder das BAföG nicht reicht. Um Armut zu überwinden, wollen wir zudem in Chancengleichheit und gute öffentliche Einrichtungen investieren. Unsere Städte und Gemeinden wollen wir stärken, damit sie eine lebendige Infrastruktur, Kita-Plätze und öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder, Theater und Jugendzentren erhalten und ausbauen können.

Seit zehn Jahren bewegen sich die Armutszahlen auf Rekordniveau. Acht Millionen Menschen in Deutschland leben von Grundsicherung – darunter viele Kinder.



Foto: Welters/laif

ARBEIT: VON DER MAN LEBEN KANN!

Wer arbeitet, muss davon leben können. Jeder zehnte Beschäftigte ist trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht. 1,2 Millionen Menschen müssen ihre Einkünfte mit Hartz IV aufstocken, knapp 200.000 zusätzlich zu einem Vollzeitjob. Vor allem bei Selbstständigen und Familien mit Kindern, besonders Alleinerziehenden, reicht das eigene Einkommen oft nicht aus. Deshalb wollen wir Mindesthonorare für Selbstständige ermöglichen und Familien besser absichern.

Wir Grüne im Bundestag wollen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Von Armutslöhnen sind vor allem Frauen betroffen. Noch immer liegen ihre Löhne unter dem Niveau der Löhne ihrer männlichen Kollegen. Wir finden, Frauen verdienen mehr. Neben fairen Löhnen muss sich auch bei Steuern, Abgaben und sozialen Leistungen etwas ändern. Sie müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass Erwerbstätige mit geringen Einkommen entlastet werden und sich Erwerbsarbeit auch finanziell lohnt.



Foto: Heinrich/picture-alliance

ARBEIT

STATT ARBEITSLOSIGKEIT FINANZIEREN

Alle Menschen sollen eine Chance auf reguläre Beschäftigung haben. Doch trotz brummender Wirtschaft stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahren auf hohem Niveau. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer ist der Einschnitt für die Betroffenen. Besonders ältere, gering qualifizierte, behinderte und geflüchtete Menschen haben es schwer, eine Stelle zu finden.

Kommen mehrere dieser Faktoren zusammen, sind die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt gleich null. Das wollen wir ändern. Ein „Sozialer Arbeitsmarkt“ soll diesen Menschen Perspektiven und Teilhabe eröffnen. Unser Vorschlag für diese Menschen ist, das Arbeitslosengeld II und die Kosten der Unterkunft in ein Entgelt für ein sozialversicherungspflichtiges

Beschäftigungsverhältnis umzuwandeln. Dadurch finanzieren wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Immer neue Sonderprogramme aufzulegen, packt die Probleme nicht an der Wurzel. Bedeutend besser wäre es, Jobcenter und Agenturen so auszustatten, dass sie Arbeitslose optimal betreuen können. Die Angebote der Arbeitsagenturen müssen zu den Menschen passen, nicht die Menschen zu den Angeboten. Für den einen mag ein Schulabschluss oder eine berufliche Fortbildung sinnvoll sein, für den anderen eine Schuldnerberatung oder eine Therapie. Motiviert sind vor allem jene Arbeitslosen, die mitentscheiden können. In diesem Sinne sollten die Beraterinnen und Berater in den Jobcentern den Fähigkeiten, Wünschen oder Vorschlägen der Arbeitslosen Rechnung tragen.

Menschen mit geringer Qualifikation haben weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb ist es wichtig, in die Weiterbildung von Arbeitslosen zu investieren. Besonders sinnvoll sind Qualifizierungen mit einem anerkannten Berufsabschluss, die auch schrittweise erworben werden können. So können mit der Zeit aus Arbeitslosen neue Fachkräfte werden.



Immer neue Sonderprogramme aufzulegen, packt die Probleme nicht an der Wurzel. Bedeutend besser wäre es, Jobcenter und Agenturen so auszustatten, dass sie Arbeitslose optimal betreuen können.

Foto: Eckel/lajf

WOHNEN: BEZAHLBAR MACHEN

Wohnen ist ein Menschenrecht. Jede und jeder hat das Recht auf angemessenen, bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen Mieten auch in guten Lagen erschwinglich bleiben.

In vielen Regionen zehren die Mieten jedoch immer höhere Anteile des Einkommens auf. Besonders in großen Städten und in Citylagen wird es zunehmend schwerer, eine Wohnung zu finden. Familien und Menschen mit kleinen Einkommen können sich oft nicht mehr aussuchen, wo und wie sie wohnen. Das muss sich ändern.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle. Das Wohnen als Grundbedürfnis darf nicht dem freien Spiel der Märkte ausgeliefert sein. Um Menschen mit kleinen Einkommen zu entlasten, wollen wir das Wohngeld erhöhen und damit die Wohnkosten senken. Zudem setzen wir uns für ein Mietrecht ein, das Mieterinnen und Mieter verlässlich schützt. Die Möglichkeiten, Mieten zu erhöhen, wollen wir beschränken.

A photograph of a family of three sitting on large hay bales in a barn. On the left, a young girl with red hair, wearing a black t-shirt and denim shorts, stands with her hand to her face. In the center, a woman with short brown hair, wearing a floral top and blue jeans, sits on a hay bale holding a young child in a red and white striped shirt. The background consists of several large, cylindrical hay bales wrapped in burlap.

UNSER

FAMILIEN-BUDGET

Es umfasst ausreichende Kinderregelsätze,
einen Kindergeld-Bonus und
die grüne Kindergrundsicherung.

Foto: Gesche/laif

UNSER FAMILIEN-BUDGET: STÄRKT KINDER

In unserem wohlhabenden Land ist jedes fünfte Kind von Armut bedroht, zwei Millionen Kinder beziehen Hartz IV. Kinder sollten kein Luxus sein – doch vor allem bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft nicht aus. Wir Grüne im Bundestag wollen Chancengleichheit für alle Kinder. Neben einem Zugang zu guter Bildung ist eine existenzsichernde Familienförderung das A und O, um Kinderarmut zu verhindern. Die grüne Bundestagsfraktion hat dafür das „Familien-Budget“ entwickelt. Es umfasst ausreichende Kinderregelsätze, einen Kindergeld-Bonus und die grüne Kindergrundsicherung.

Die Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung müssen künftig hoch genug sein, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Mit dem Kindergeld-Bonus garantieren wir, dass Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende das bekommen, was sie zum Leben brauchen und ihre Bedarfe tatsächlich deckt – und zwar aus einer Hand und ohne es beantragen zu müssen.



Die Kindergrundsicherung fasst Kindergeld und Kinderfreibeträge zusammen. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass Eltern mit hohem Einkommen mehr finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen als Eltern mit mittlerem Einkommen. Und wir entlasten Familien mit mittlerem Einkommen. Eltern, die heute bereits verheiratet oder verpartnert sind, können zwischen dem alten Ehegattensplitting und dem neuen Familientarif plus Kindergrundsicherung wählen. Der Familientarif sieht eine individuelle Besteuerung der Partnerinnen bzw. Partner mit doppeltem Grundfreibetrag vor.

Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir zudem in Chancengleichheit investieren. Eine ausreichende Zahl wirklich guter Kitas und Ganztagschulen mit Ganztagsbetrieb ist dafür essenziell. Das eröffnet allen Kindern die Chance, ihr Potenzial zu entfalten. Es erleichtert zudem beiden Eltern, berufstätig zu sein, auch das beugt Armut von Familien vor.



BÜRGERVERSICHERUNG UND GARANTIERENTE VERMEIDEN ALTERSARMUT

Für die meisten Menschen bildet die gesetzliche Rente die zentrale Säule der Altersvorsorge. Tatsächlich ist sie viel besser als ihr Ruf. Trotzdem sorgen sich viele um ihr Auskommen im Alter.

Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte nicht weiter sinken. Rentenniveau und Beitragssatz müssen weiterhin in einem angemessenen Verhältnis stehen. Wir Grüne im Bundestag wollen die gesetzliche Rente zukunftsfest machen, sie finanziell besser aufstellen und solidarischer finanzieren. Dazu streben wir eine Rentenversicherung an, in die alle – BeamtInnen, FreiberuflerInnen, Abgeordnete – einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung wollen wir Selbstständige aufnehmen, die nicht anderweitig abgesichert sind.

Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder andere gepflegt haben, garantiert unser Konzept eine monatliche Rente von mindestens 850 Euro. Die grüne Garantierente ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der Grundsicherung im Alter. Sie schützt insbesondere Frauen vor Altersarmut und würdigt deren Lebensleistung.

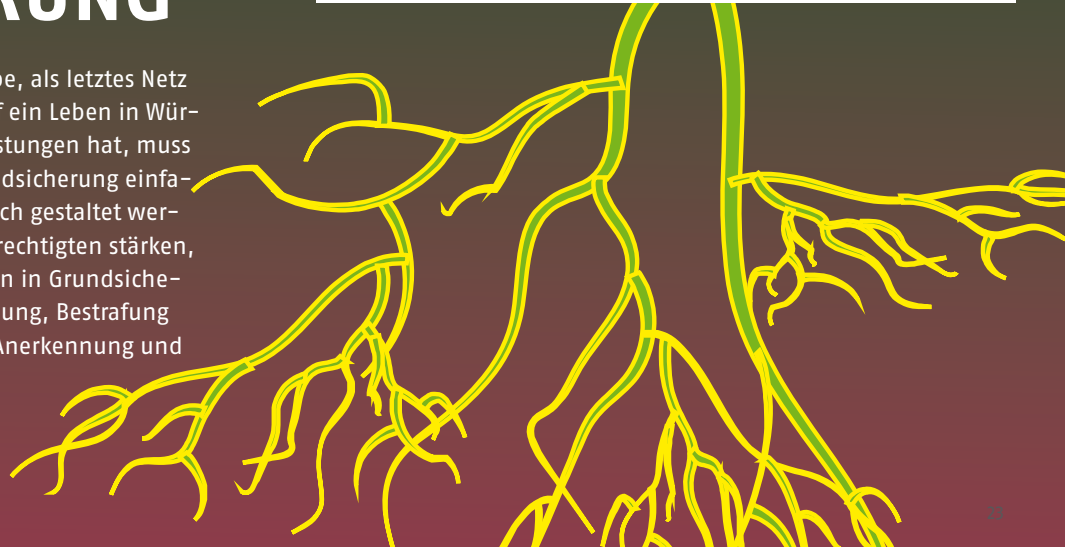
Foto: Westrich/laif

TEILHABEN:

MIT VERLÄSSLICHER GRUNDSICHERUNG

Die Grundsicherung hat die wichtige Aufgabe, als letztes Netz Menschen aufzufangen. Denn das Recht auf ein Leben in Würde steht uns allen zu. Wer Anspruch auf Leistungen hat, muss sie auch erhalten. Deswegen muss die Grundsicherung einfacher, verständlicher und weniger bürokratisch gestaltet werden. Wir wollen die Rechte der Leistungsberechtigten stärken, diskriminierende Sonderregeln für Menschen in Grundsicherung lehnen wir ab. Das Prinzip von Androhung, Bestrafung und Sanktionen ist überholt – Motivation, Anerkennung und Beratung führen weiter.

Die Grundsicherung muss ein würdiges Leben ermöglichen. Deswegen wollen wir den Regelsatz für Erwachsene und Kinder neu berechnen und erhöhen. Die Regelbedarfe müssen den tatsächlichen Bedarf decken. Auch für die Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität muss es reichen – für Erwachsene wie für Kinder.



NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB, Sprecher für Sozialpolitik

Arbeitskreis 1: Wirtschaft & Soziales

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de » Themen » Soziales

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 18/10250 Existenzminimum verlässlich absichern,
gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen (Antrag)
- 18/8077 Grundsicherung einfacher und gerechter gestalten –
Jobcenter entlasten (Antrag)
- 18/1963 Existenzminimum und Teilhabe sicherstellen (Antrag)
- 18/3918 Arbeitsförderung neu ausrichten (Antrag)
- 18/10473 Familien stärken – Kinder fördern (Antrag)
- 18/10027 Gemeinsam für bezahlbares Wohnen
- 18/10035 Mit Sicherheit in die Selbstständigkeit (Antrag)
- 18/4689 Heute für morgen investieren (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: Shutterstock

Stand: März 2017, Schutzgebühr: 0,05 €

